EIN HEFT AUS DER REIHE „EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH“

DAS DRITTE REICH

BEITRÄGE ZUR ENTSTEHUNG, IDEOLOGIE, STRUKTUR UND ZUM ENDE DES NAZI-REICHES

EIN HEFT DES PROJEKTS INO

INFONORDOST.DE

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung . . . . . Seite 1

II. Der 8. Mai als Tag der Befreiung:
Vermächtnis für Gegenwart und Zukunft. . . . . Seite 2

III. Institutionen und Organisationen im Dritten Reich
III.I. Das engmaschige System von Konzentrations- und Vernichtungslager im Dritten Reich . . . . . Seite 5
III.II. Hilfe für die „nationale Revolution“? – Die deutsche Wirtschaft und die Nazis . . . . . Seite 8
III.III. Kirchenkampf, Reichsbischof und die „Deutsche Kirche“ – Die christlichen Kirchen im beginnenden Dritten Reich . . . . Seite 10
III.IV. Mythos und Realität: Die „Geheime Staatspolizei“ . . . . Seite 13
III.V. Wer oder was war der „Reichsnährstand“ im Dritten Reich? . . Seite 15
III.VI. Bauen im Nazi-Staat: die „Deutsche Arbeitsfront“ und die „Organisation Todt“ . . . . . Seite 17
III. VII. Frauen im Dritten Reich: der „Bund deutscher Mädel“ . . . Seite 18

IV. Faschismus als Sprungbrett in die moderne Gesellschaft?
– Zum Forschungsstand einer Debatte . . . . . Seite 20

V. Mecklenburg und Vorpommern in der NS-Zeit
V.I. Konzentrationslager im heutigen Mecklenburg-Vorpommern . . Seite 23
V.II. 2.000 Leben für den Profit: Das Außenlager Barth . . . . Seite 25
V.III. Das Konzentrationslager Wöbbelin . . . . . Seite 27
V.IV. Die Befreiung Stralsunds 1945 . . . . . Seite 28
V.V. Rostock als Zentrum der Rüstungsindustrie . . . . . Seite 30
V.VI. Der Mythos Demmin . . . . . Seite 31

VI. Anhang
Bildbeschreibungen

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habenahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

I. Einleitung

Der Zweite Weltkrieg ist der bis heute blutigste und grausamste Krieg, der je von Menschen entfesselt wurde. Die ideologische Verblendung von Millionen Menschen, die zu bis dahin nicht gekannten Größenwahn und Rassenhass führte, zeigte wie brutal Menschen anderen Menschen Leid zufügen können. Von der Idee des Herrenmenschen befallen, sollten ganze Volksgruppen, Sinti und Roma, slawische „Völker“ und nicht zuletzt Juden, ausgerottet werden. Die planmäßige Vernichtung von gesellschaftlichen Minderheiten zunächst durch Massenerschießungen, später durch sogenannte Gaswagen und Gaskammern in einem engmaschigen Netz von Konzentrations- und Außenlagern, sowie Kriegsverbrechen ungeahnten Ausmaßes, machen diesen Krieg zu einem Unikum.

Auch Mecklenburg und Vorpommern Teil der NS-Verbrechen

Auch im heutigen Mecklenburg-Vorpommern war das faschistische Gedankengut fest integriert in der Mehrzahl der Köpfe der Menschen. Die Gebiete Mecklenburg und Vorpommern waren fast bis zur endgültigen Befreiung in Nazi-Hand. Auch auf hier gab es Konzentrationslager und tausende Zwangsarbeiter.

Nur wer aus der Vergangenheit lernt, kann die Gegenwart gestalten und die Zukunft verändern. Wir wollen mit dieser Broschüre einen Teil dazu beitragen, dass das millionenfache Leid, dass das faschistische Terrorregime hervorbrachte, nicht vergessen wird. Wir dürfen die Erinnerung und das Vermächtnis der Überlebenden und Hinterbliebenen nicht verblassen lassen. Auch dürfen wir die Ursachen und die Nutznießer dieses beispiellosen Grauens nicht vergessen.

Beiträge zu Entstehung, Ideologie, Struktur und Ende des Nazi-Reiches

In einer ausführlichen Artikelreihe werden wir zunächst das engmaschige System von Konzentrations- und Vernichtungslager im Dritten Reich sowie das Verhältnis der NS-Bewegung und der deutschen Wirschaft betrachten. In einem weiteren Beitrag werden wir uns mit den Kirchen im Nazi-Deutschland Anfang der 1930er Jahre beschäftigen.

Die Nazis überzogen das Land mit Massenorganisationen, um die Menschen noch stärker kontrollieren zu können. Viele dieser Organisationen sind jedoch heute kaum noch bekannt. Wir haben deshalb Portraits über die „Gestapo“, den „Reichsnährstand“, die „Deutsche Arbeitsfront“, die „Organisation Todt“ sowie den „Bund deutscher Mädel“ zusammengestellt. In einem umfassenden Forschungsbericht haben wir uns darüber hinaus mit der Debatte um die Modernisierungstheorie beschäftigt.

In weiteren Artikeln widmen wir uns der Geschichte Mecklenburgs und Vorpommerns während der NS-Zeit. Zunächst betrachten wir die Außenlager auf dem Gebiet des heutigen M-V’s. Zwei weitere Artikel beleuchten anschließend die Konzentrationslager in Barth und Wöbbelin detailierter. Die Befreiung der Städte Stralsund und Rostock werden anschließend in zwei weiteren Beiträgen thematisiert. Der Artikel „Mythos Demmin“ beschäftigt sich abschließend mit den historischen Ereignissen rund um die Befreiung Demmins im April/Mai 1945.

Die Verantwortung der Gegenwart begreifen

Niemand von uns Nachgeborenen trägt Schuld an dem verbrecherischen Terror, den die Faschisten über die Menschen gebracht hat. Wir tragen aber dennoch die Verantwortung, die Verbrechen der Vergangenheit wach zu halten und zu mahnen, damit sie sich nicht wiederholen mögen. „Der Faschismus mit all seinen Wurzeln“, wie es im Schwur von Buchenwald heißt, ist noch lange nicht vernichtet. Unsere Artikel sollen einen Beitrag zur Gedenk- und Erinnerungskultur leisten. Damit Auschwitz nie wieder sei…

II. Der 8. Mai als Tag der Befreiung: Vermächtnis für Gegenwart und Zukunft

Der 8. Mai 1945 gehört zu den bekanntesten Daten der Weltgeschichte, besiegelte dieser Tag doch das Ende des sogenannten „Großdeutschen Reiches“ unter Adolf Hitler. Die meisten Menschen waren froh, dass der Krieg mit all seinen Schrecken nach sechs langen Jahren, endlich vorbei war. Über 60 Millionen Tote und ein halber Kontinent, der in Trümmern lag, waren das Ergebnis. Der 8. Mai wurde als Befreiung und als Ende des Krieges gefeiert.

Doch seit einigen Jahren wird, vor allem von Vertriebenenverbänden und rechtsgerichteten bis rechtsextremen Organisationen, die Frage nach der Bedeutung des 8. Mai 1945 für die (deutsche) Geschichte wieder neu gestellt. Ist der 8. Mai 1945 nun der Tag, an dem die Menschen vom deutschen Faschismus befreit wurden, oder doch nur der Tag einer deutschen Niederlage?

Wie fing es an?

Eines der Argumente für die Behauptung, der 8. Mai sei eine deutsche Niederlage, sind unter Anderem die Vertreibungen Deutscher, sowie Vergewaltigungen deutscher Frauen durch sowjetische Soldaten. Doch was waren die Ursachen für die Vertreibungen und wie kam es zu den Vergewaltigungen? Um diese Fragen beantworten zu können, ist es wichtig, weiter in die Vergangenheit zurück zuschauen.

Gehen wir also zurück ins Jahr 1939, in das Jahr, in dem der Zweiter Weltkrieg begonnen wurde. Mit der Begründung, polnische Nationalisten hätten den deutschen Rundfunksender Gleiwitz angegriffen, überfiel die deutsche Wehrmacht am 1. September Polen. Der vermeintlich polnische Angriff wurde allerdings von der deutschen Führung fingiert, wie sich bald

herausstellen sollte. Ein Krieg gegen Polen war also von der deutschen Führung, insbesondere Adolf Hitler, gewollt und langfristig vorbereitet!
Mit Beginn des Krieges kam es zu Kriegsverbrechen nie gekannten Ausmaßes. Die jahrelange Indoktrinierung der Deutschen durch die goebbelsche Propaganda zeigte hier nun ihre Wirkung. Ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung zu nehmen, setzte die Wehrmacht ihr „Blitzkrieg“ – Konzept um. Polnische Juden wurden, wie zuvor schon deutsche Juden, systematisch verfolgt, zur Zwangsarbeit verschleppt und/oder sogar ermordet! Nicht viel anders erging es der polnischen Zivilbevölkerung, war doch alles Slawische für die Nazis „Untermenschentum“ und galt deshalb als „lebensunwürdig“.

Viel schlimmer konnte es doch aber nicht kommen!?
Konnte es doch! Die Verbrechen an der polnischen Bevölkerung waren noch nicht das Ende der Schrecken. Das eigentliche Ziel er nationalsozialistischen Diktatur war die Vernichtung des Kommunismus und die „Eroberung von Lebensraum im Osten“. Das hieß Krieg mit der Sowjetunion. Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland wortbrüchig die Sowjetunion und riss damit die letzten Schranken der Moral und des Völkerrechts nieder. Ausgehend vom „Kommissarbefehl“ und anderen „Führererlassen“ hieß das im Klartext: Hemmungslose Kriegsverbrechen wie das Anzünden und Brandschatzen ganzer Dörfer und Ortschaften, das Ermorden sowjetischer Zivilisten und das Erschießen von Kriegsgefangenen, die Ausplünderung ganzer Landstriche, die Taktik der „verbrannten Erde“!
Je länger der Krieg dauerte, desto schlechter wurde die Kriegslage für das „Dritte Reich“ und umso grausamer wurden auch die Kriegsverbrechen. Als die Rote Armee begann, ihre verlorenen Gebiete zurück zu erobern, fanden ihre Soldaten zerstörte Häuser und Fabriken, abgeschlachtetes Vieh, ermordete Familien, ein zerstörtes und verwüstetes Land vor. Jahre des Aufbaus waren dahin, riesige Verluste und unermessliches Leid waren das Ergebnis eines barbarischen Krieges, geführt von Deutschen und ihren Verbündeten. Obwohl zu Humanismus und Völkerfreundschaft erzogen, überwucherten auch Hass und Wut und Zorn die Gefühle der Rotarmisten angesichts dessen, was sie sehen und erleben mussten und Ausschreitungen blieben nicht aus, als sie die Grenzen des „Deutschen Reiches“ erreichten und überschritten, das sich selbst als ihr grausamster Feind erklärt und auch so aufgeführt hat.

Nicht nur Soldaten waren unter den Toten!
Mit den Befreiungen der Konzentrationslager, wie Auschwitz, Majdanek, Mauthausen oder Treblinka, kam das gesamte Ausmaß der Verbrechen des NS-Regimes zum Vorschein! Medizinische Experimente an Zwillingen, kleinen Kindern und Alten führten oft zum grausamen Tod der KZ-Häftlinge , oder sie starben während der Arbeit in Fabriken bei unwürdigsten Bedingungen. In Deutschland waren es Lager, wie Buchenwald, Ravensbrück oder Bergen-Belsen oder Barth in die Menschen verschleppt wurden. Sinti, Roma, Juden, Homosexuelle und Andersdenkende – also alle, die nicht in die „Volksgemeinschaft“ der Nazis passten.

Was du nicht willst, das man dir tu´ …
Wenn die Mehrheit der Deutschen Hitler und das NS-Regime nicht unterstützt hätte, dann wäre es zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wahrscheinlich gar nicht erst gekommen. Die Länder Europas wären nicht in „verbrannte Erde“ verwandelt worden und es hätte den Holocaust an den Juden nicht gegeben! All diese Verbrechen wären nie passiert und die Vertriebenen könnten noch heute in ihrer früheren Heimat leben. Die Vertreibungen in Folge der Verbrechen der deutschen Wehrmacht, der SS und der Gestapo hätte es nicht gegeben, genauso wenig, wie die Vergewaltigung tausender Frauen, nicht nur deutscher. Deutsche Städte, wie Dresden, wären nicht von alliierten Bombern zerstört worden! Kein Haus wäre zerstört worden, weder auf

deutscher, noch auf sowjetischer, noch auf irgendeiner anderen Seite! Millionen Leben wären verschont geblieben!
Dennoch, es gibt keine Kollektivschuld der deutschen Bevölkerung, die kann es gar nicht geben, denn jeder Mensch ist ein Individuum und erlebt die Welt anders und hat andere Möglichkeiten, auf seine Umgebung einzuwirken. Aber eines sei an die gerichtet, die jetzt denken, sie seien damit aus dem Schneider: eine Kollektivverantwortung, die gibt es durchaus! Und zwar ist es die Verantwortung, die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit wach zu halten und der Nachwelt auf zu zeigen, wie es damals gewesen ist, damit künftige Generationen daraus lernen können und begreifen, dass Hass und Gewalt nur Gegenhass und Gegengewalt hervor rufen! Die Welt ist groß genug für alle Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Glauben oder Sprache.
Darum steht auf und zeigt, dass Gewalt und Kriege keine Probleme lösen, sondern im Gegenteil, die Probleme selbst sind! Der 8. Mai 1945 ist ein Tag der Befreiung für alle friedliebenden Menschen! Eine Niederlage ist er nur für die Verbrecher, die den schrecklichen Krieg entfesselten und Millionen Menschen damit umbrachten.

----------Keine Anzeige----------

III. Institutionen und Organisationen im Dritten Reich

III.I. Das engmaschige Netz von Konzentrations- und Vernichtungslager im Dritten Reich

Keine andere Einrichtung des Dritten Reiches steht so symbolisch für den Terror und die Unmenschlichkeit der Nazis und ihrer Ideologie wie das flächendeckende Netz von Konzentrations- und Vernichtungslager. Welche Funktionen hatten die Lager, wo standen die sie und was mussten die Häftlinge in den KZ's erleiden? Dieser Abriss gibt einen Überblick über diese und andere Fragen. Grundlage des Textes ist der Beitrag „Welche Rolle spielten die Kirchen im Dritten Reich" von Wolfgang Benz aus dem Buch „Die 101 wichtigsten Fragen – Das Dritte Reich".

Was sind Konzentrationslager und wie viele gab es?

Beginnend mit dem Konzentrationslager Dachau, das im März 1933 errichtet wurde und bis Ende April 1945 bestand, wurden in den ersten Monaten der „nationalsozialistischen" Herrschaft etwa 100 weitere „frühere Konzentrationslager" errichtet, die meist nur kurze Zeit existierten. Nach dem Muster Dachaus entwickelte sich ein System von Lagern, das unter der Regie der „Schutzstaffel" (SS) zentral gesteuert als Organisation des Terrors außerhalb der Justiz und rechtlicher Normen den Herrschafts- und Verfolgungsanspruch der NS Diktatur gegen politische Gegner, Regimekritiker, Unangepasste – sogenannte „Asoziale", Homosexuelle und Angehörige

bestimmter Glaubensgemeinschafte -) sowie Unerwünschte – beispielsweise Juden, Sinti und Roma – durchsetzte. In Sachsenhausen vor den Toren Berlins (1936) und Buchenwald bei Weimar (1937) wurden neben Dachau zentrale Konzentrationslager eingerichtet, denen Flossenbürg in der Oberpfalz (1938) und das Frauen-KZ Ravensbrück nördlich von Berlin (1939) folgten. Neuengamme bei Hamburg und Mauthausen in Oberösterreich waren ebenfalls noch vor dem Zweiten Weltkrieg errichtet worden. Mit Auschwitz und Stutthof bei Danzig expandierte das KZ-System dann auf polnischen Boden. Die Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge bekam immer größere Bedeutung, neue Konzentrationslager entstanden in den besetzten Gebieten, aber auch im Deutschen Reich.

Vernichtungslager: organisierte Stätten des Todes

Im Unterschied zu den Konzentrationslagern, in denen die Inhaftierten gequält und gedemütigt und zu Sklavenarbeit gezwungen wurden, in denen auch ihr Leben nicht viel galt, hatten die Vernichtungslager nur einen Zweck: Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft zu töten. Dies geschah in den Todeslagern, die ab Ende 1941 im besetzten Polen errichtet wurden: Chełmno (Kulmhof) im „Wartheland“ war das erste Lager, das ausschließlich der Tötung von Menschen diente. Grund war die Überfüllung des Ghettos Łódz. In Chełmno wurde das „Sonderkommando Herbert Lange“ mit „Gaswagen“ stationiert. Lange hatte seit Sommer 1940 Erfahrungen mit der Ermordung Geisteskranker und anderer Behinderter im Rahmen der „Aktion T 4“ (Euthanasie-Aktion). In Chełmno pendelten die Gaswagen zwischen dem „Schloss“ und dem 5 km entfernten „Waldlager“, wo die auf dem Weg getöteten Opfer verscharrt bzw. später verbrannt wurden. Ermordet wurden dort mindestens 152 000 Juden, die aus Łódz stammten bzw. aus dem Wartheland oder dem Altreich zunächst dorthin deportiert worden waren. Typologisch sind die Todeslager den Mordstätten ganz ähnlich, die von den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und von anderen Einheiten der SS ad hoc bestimmt wurden, um Juden zu töten. Babij Jar am Stadtrand von Kiew, wo am 29. und 30. September 1941 33771 Juden erschossen wurden , war ein solcher Ort, Ponary vor den Toren Wilnas ein anderer, an dem von Juli 1941 bis Juli 1944 70000 bis 100000 Juden getötet wurden. Wieder ein anderer Exekutionsort war der Wald von Rumbuli, in dem die Insassen des Ghettos Riga den Tod fanden. Zahllose solcher Mordfelder gibt es auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion.

Die Erschießungsgruben und improvisierten Orte des Massenmords wurden schließlich abgelöst von Einrichtungen, an denen das Gleiche geschah – in Aktion gesetzte mörderische Rassenideologie-, zu denen aber das improvisierte und spontane Element nicht gehörte. In Weißrussland entwickelte sich das Lager Maly Trostinez, im Frühjahr 1942 vom Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Minsk errichtet, vom Zwangsarbeitslager zur zentralen Vernichtungsstätte, in der bis Sommer 1944 mindestens 60000 Juden, unter ihnen. Deutsche, Tschechen und Österreicher, sowie sowjetische Kriegsgefangene und Widerstandskämpfer ermordet wurden. Vernichtung von Menschenleben wurde in den Todeslagern in ein System gebracht und organisiert, die Methoden waren andere als Pogrom und Massaker, es herrschten die Gesetze von Logistik und Effizienz. Geeignete Plätze wurden als Todeslager angelegt, zu ihrer Rationalität gehörte die abgeschiedene Lage, das diente der Geheimhaltung, gute Erreichbarkeit war ebenso notwendig. Deshalb wurden diese Lager im Osten Polens errichtet. In den drei Lagern der „Aktion Reinhardt“ wurden insgesamt etwa 1,75 Millionen Juden ermordet: in Bełzec 600000, in Treblinka 900000, in Sobibor 250000.

Eine letzte Perfektion des Massenmords erfolgte mit der Erweiterung des KZ Auschwitz, als mit dem Lagerbereich Birkenau das Konzentrationslager zum Vernichtungslager wurde. Auch die Methode, das Gift Zyklon B zu verwenden, bedeutete noch einmal eine Steigerung der Effizienz des Mordens (obwohl auch Erschießungskommandos bis zum Ende der nationalsozialistischen

Herrschaft in Tätigkeit bleiben). Ein zweites Konzentrationslager, Lublin-Majdanek, erfüllte wie Auschwitz ab Herbst 1942 die Doppelfunktion eines Konzentrationslagers und eines Todeslagers. Die durchrationalisierten Handlungsabläufe vom Antransport der Opfer, ihrer Ausplünderung und Ermordung über die Beseitigung der Leichen bis zur Verwertung ihrer Habe kennzeichnen die letzte Phase des Holocaust, die in den Todeslagern stattfand.

Die insgesamt 24 Hauptlager waren schließlich Mittelpunkt eines Netzes von ungefähr 1000 Lagern, das in hierarchischer Abstufung von Haupt- und Außenlagern und Arbeitskommandos gebildet wurde. Außerdem gab es Systeme weiterer Zwangslager, in denen die gleichen Bedingungen wie im KZ herrschten, nämlich etwa 200 „Arbeitserziehungslager“, eine unübersehbare Zahl von „Polizeihaftlagern“, von Zwangsarbeitslagern für Juden in den besetzten Gebieten, dann Hunderte Ghettos in Polen und Osteuropa, in denen Zustände wie im KZ herrschten. Die Orte des Terrors überzogen als engmaschiges Geflecht, dessen Dimension noch weitgehend unerforscht ist, das gesamte deutsche Herrschaftsgebiet.

----------*Keine Anzeige*----------

III.II. Hilfe für die „nationale Revolution“? – Die deutsche Wirtschaft und die Nazis

Hat die Großindustrie die Nazis an die Macht gebracht? Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung, will man das faschistische Regime in Deutschland ab 1933 verstehen. Viele Jahrzehnte wurde eine mögliche massive finanzielle Unterstützung der Nazis durch Wirtschaft und Industrie gleichgesetzt mit der Übertragung der Macht an die NSDAP. Beide Aspekte sind jedoch voneinander zu trennen.

Zwar hatte die Industrie bis zu den großen Wahlerfolgen der NSDAP nach der Weltwirtschaftskrise 1930 relativ geringe Spendensummen an die Nazi-Partei getätigt – ihre politischen Kampagnen, die deutlich gegen linke Parteien und die Weimarer Ordnung ganz grundsätzlich gerichtet waren, halfen Hitlers Bewegung dennoch auf dem Weg zur Macht im Deutschen Reich.

Kontakte zur Industrie schon in den frühen 1920er Jahren

Schon die Vorgängerpartei der NSDAP, die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) erhielt Gelder von Gönner_innen jeder Art und insbesondere auch von Industriellen. Mit dem Scheitern des Putschversuches 1923 wandten sich jedoch nahezu sämtliche externen Geldgeber*innen wieder von den Nationalsozialisten ab. Mitte der 1920er Jahre war die Partei fast vollständig auf

Beiträge oder Eintrittsgelder angewiesen. Nur einzelne mittelständische Unternehmer wie der Klavierbauer Edwin Bechstein oder der Verleger Hugo Bruckmann griffen Hitler beim Neuaufbau seiner Partei finanziell unter die Arme. Ende des Jahres 1926 versuchten die Nationalsozialisten durch intensives Werben bei der Großindustrie neue Geldquellen zu erschließen. So verfasste Hitler unter anderem eine Schrift unter dem Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg“, der gezielt unter Industriellen verbreitet wurde. In einem anderen Rundbrief an mehrere Großindustrielle warb die NSDAP 1927 offen um Geld. In dem Papier heißt es unter anderem:

„Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat auch den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Durch die Begeisterung ihrer Anhänger und durch ihre straffe Organisation ist sie allein in der Lage, dem Terror von links wirksam entgegenzutreten. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als uns an die deutsch und deutsch-völkisch gesinnten Kreise aus Industrie und Handel mit der Bitte um Unterstützung zu wenden .“

Als Splitterpartei blieb die DAP und ihre Nachfolgepartei NSDAP jedoch für die Industrie bis zum überraschenden Wahlerfolg 1930 nach Beginn der Wirtschaftskrise relativ uninteressant.

Politische Kampagnen der Industrie ebneten der NSDAP den Weg

Obwohl die Spenden verschiedener Wirtschafts- und Industrieunternehmer*innen bis zur Machtübertragung ehr gering ausfielen, trugen die politischen Kampagnen gegen die bürgerlich-demokratische Ordnung der Weimarer Republik und nicht zuletzt gegen linke Parteien und Gewerkschaften maßgeblich zum Aufstieg der NSDAP bei.

Im Frühjahr 1930 arbeiteten verschiedene Großindustrielle auf einen Bruch der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller hin, die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik. Der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie (RDI) Carl Duisberg sprach damals offen aus, dass sein Verband „eine ganz andere Fahrtrichtung im kapitalistischen Sinne, nicht im sozialistischen Sinne“ anstrebte. Der Verband organisierte eine politische Kampagne, die im Dezember 1929 in der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ gipfelte. Hier sagten die Industriellen der Sozialpolitik der Weimarer Republik den offenen Kampf an. Sie forderten unter anderem den Reichshaushalt durch harte Sparmaßnahmen auszugleichen, gleichzeitig die Steuern für Unternehmer zu senken und Leistungskürzungen in der Arbeitslosenversicherung. Dass diese Forderungen damals nur gegen die Sozialdemokratie und die erstarkenden Kommunist_innen durchzusetzen waren, wurde wissentlich einkalkuliert. Die Installation der Regierung Brüning, die den Beginn der Präsidialkabinette markierte und eben die Politik des Haushaltsausgleichs und der Sozialkürzungen umsetzte, wurde vom RDI denn auch ausdrücklich begrüßt. Im Sommer 1930 drängten verschiedene Industrielle, jetzt endlich den Artikel 48 anzuwenden, der eine Gesetzgebung über Notverordnungen ohne Zustimmung des Parlaments erlaubte.

Ohne den Sozialabbau und die damit einhergehende Verarmung großer Teile der Bevölkerung wären die Wahlerfolge der NSDAP nur schwer möglich gewesen. Selbst Eberhard Kolb, ein ausgewiesener Gegner der These, die Großindustrie hätte die Nazis mit massiver finanzieller Unterstützung an die Macht gebracht, schrieb 2002:

„Das Unternehmerlager hat durch die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und die Hinneigung zu einem autoritären System die Auflösung der Weimarer Republik vorangetrieben und der Diktatur vorgearbeitet. Daher trägt die Industrie im allgemeinen und die Großindustrie im besonderen ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Ermöglichung Hitlers und der NS-Herrschaft.“

III.III. Kirchenkampf, Reichsbischof und die „Deutsche Kirche“ – Die christlichen Kirchen im beginnenden Dritten Reich

Obwohl die christlichen Werte wie „Nächstenliebe“ und Gebote alá „du sollst nicht töten“ auf den ersten Blick diametral zur Weltanschauung der Nazis stehen, gab es vielfältige Kollaboration – aber auch Widerstand.

Dieser Beitrag bietet einen abrissartigen Überblick der verschiedenen Facetten des Verhältnisses von Kirchen und der Nazi-Bewegung in den Anfängen des Dritten Reiches. Grundlage des Textes ist der Beitrag „Welche Rolle spielten die Kirchen im Dritten Reich“ von Wolfgang Benz aus dem Buch „Die 101 wichtigsten Fragen – Das Dritte Reich.

Widerspruch aus theologisch oder religiös begründeter Ablehnung des sich 1933 erst im Aufbau befindlichen autotoritär-diktatorischen Nazis-Staates war zunächst auf Randgruppen und Einzelpersonen in beiden Kirchen beschränkt. Auf katholischer Seite waren die „Rhein-Main-Volkszeitung“ als Mittelpunkt eines Kreises sozial Engagierter und Männer der katholischen Arbeiterbewegung wie Jakob Kaiser sowie fromme Christen, die auf ihren Pfarrer hörten und mit der „neuheidnischen“ NS-Politik weiter nichts zu tun haben wollten. Auf der evangelischen Seite waren es Theologen wie Dietrich Bonhoeffer und Karl Barth, die Bedenken gegen ein diktatorisches Regime hatten, weil sie den darin zum Ausdruck kommenden unbedingten Verfügungsanspruch über die Menschen ablehnten.
Vertreter der evangelischen Kirchen kamen ab Frühjahr1933 in Konflikt mit dem Staat, der zum

„Kirchenkampf“ eskalierte. Sie widersetzten sich den Gleichschaltungsversuchen, die sich gegen die traditionelle Selbstverwaltungsstrukturen kirchlicher Organisationen richteten. Die Nationalsozialisten wollten eine Kirchenreform durchsetzen, die aus den 28 selbstständigen evangelischen Landeskirchen eine einheitliche und gleichförmige „Reichskirche“ gemacht hätte, die nur dem „Reichsbischof“ nach dem Führerprinzip organisiert sein sollte. Viele evangelische Christen hatten sich dem Nationalsozialismus angeschlossen; sie kämpften, vielfach erfolgreich, unter der Bezeichnung „Deutsche Christen“ bei den Wahlen für kirchliche Gremien, sogenannte Synoden, um ihre Mehrheit. Seit Herbst 1932 traten unter der Führung nationalsozialistischer Pfarrer die „Deutschen Christen“ auch als Organisation an die Öffentlichkeit. Ihnen standen evangelische Christen, Pfarrer wie Laien, gegenüber, die zunächst nur der Maxime folgten, dass die Kirche sich nicht in staatliche Angelegenheiten einmischen dürfte. Aus dieser Haltung heraus entwickelte sich, im Kampf um Tradition und Organisation der Landeskirchen, erst religiös und dann zunehmend auch politisch motivierte Opposition gegen den NS-Staat.

Überredet durch Hitlers kirchenfreundliche Zusicherungen, in Panik wegen des Radikalismus der NSDAP und beschwichtigt durch die Aussicht auf das Konkordat (das Abkommen zwischen der Reichsregierung und dem Vatikan vom Juli 1933, das die Rechte der Kirche in Deutschland festlegte und garantierte) stimmten die Parteien des politischen Katholizismus – Zentrum und Bayerische Volkspartei – im März 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“ zu.

Für viele Christen entstand eine paradoxe Situation. Die Mehrzahl der Funktionsträger hatte eben noch in Versammlungen und Kundgebungen deutlich gemacht, dass Katholiken mit ihrer Überzeugung und ihrem Stimmzettel Hitler entgegentreten müssten, nun nahmen die katholischen Bischöfe in ihrer Kundgebung am 28. März 1933 ihre Warnungen vor Hitler und ihre Verurteilung der Ideologie der NSDAP offiziell zurück.

In der Abwehr der „Deutschen Christen“, die bei den Kirchenwahlen im Juli 1933 mit massiver Unterstützung der NSDAP mehr als 70 Prozent der abgegebenen Stimmen errungen hatten, organisierte sich allmählich die kirchliche Opposition in Form der bekennenden Kirche. Keimzelle war der „Pfarrernotbund“, den Pastor Martin Niemöller im September 1933 gründete, dem sich ein Drittel der evangelischen Pfarrer anschloss, weil sie den „Arierparagraphen“ – den die „Deutschen Christen“ auch in der Kirche propagierten – ablehnten. Auf der Synode der Bekennenden Kirche in Wuppertal – Barmen wurden im Mai 1934 grundsätzliche Einwände formuliert. Diese „Barmer Theologische Erklärung“ enthielt die Kernaussage, auch der totale Staat finde seine Grenze an den Geboten Gottes, und es sei Aufgabe der Kirche, „an die Verantwortung der Regierenden und Regierten“ zu erinnern.

Bei solchem Protest gegen die weltliche Obrigkeit ging es in erster Linie noch gegen die Kirchenpolitik des Nationalsozialismus. Die oppositionellen Kirchenvertreter, die immerhin Hitlers Absicht, die evangelische Kirche in das NS-System einzugliedern, durch ihre Haltung vereiteln konnten, blieben noch lange im Zwiespalt zwischen der vom Christen geforderten Loyalität gegenüber dem Staate einerseits und den staatlichen Verstößen gegen christliche Gebote andererseits.

Widerstand im politischen Sinne, in der Absicht, das nationalsozialistische Regime zu stürzen, hat auch die Bekennende Kirche als Ganzes nicht geleistet. Sie kämpfte erst für die Unversehrtheit ihrer organisatorischen Strukturen und dann für die Unabhängigkeit der kirchlichen Lehre, nach der die christlichen Gebote nicht der NS-Ideologie nachgeordnet werden durften. Das Regime aber fühlte sich durch diese kirchlich-theologische Widersetzlichkeit vielfach auch politisch-ideologisch getroffen. Durch alle Landeskirchen ging von nun an ein Riss, die Fronten waren durch die Anhänger der Bekennenden Kirche, die immer mehr in grundsätzliche Opposition zum Staat gerieten, einerseits und die „Deutschen Christen“, die überzeugte Nationalsozialisten waren, andererseits bestimmt. Bei vielen Christen der Bekennenden Kirche wurde aus der oppositionellen Haltung schließlich politischer Widerstand.

Sie kämpften, ihrem Gewissen verpflichtet und oft ganz auf sich gestellt, manchmal auch von Gemeindemitgliedern unterstützt, mit ihren Mitteln – Predigt und Schrift – erst gegen Übergriffe des Staates ins kirchliche Leben, dann gegen die praktizierte nationalsozialistische Ideologie, die sich zum Beispiel gegen Behinderte richtete. Sie wendeten sich zudem gegen einen christlichen Glauben, der sich mit Antisemitismus und „neuheidnischen Irrlehren“ vermischte. Dazu gehörte die Forderung nach einem „heldischen Jesus“ ebenso wie das Verlangen nach „artgemäßem Glauben“, gegründet auf „Rasse, Volkstum und Nation.“

Auch das Vertrauen der katholischen Kirche in die Zusicherung Hitlers vom Frühjahr 1933 wich bald der Ernüchterung. Nationalsozialistische Demonstrationen und Straßenterror beim „Gesellentag“ des katholischen Kolpingvereins im Juni 1933 in München wurden offiziell noch als Missverständnis gewertet und mit bischöflichen Ermahnungen zu äußerster Zurückhaltung beantwortet. Provokationen bei Fronleichnamsprozessionen, die zunehmende Behinderung katholischer Vereinsarbeit, Propaganda gegen Bekenntnisschulen, gegen Kruzifixe in Schulen oder die Unterbindung katholischer Publizistik zeigten, was von Hitlers Anbiederungsversuchen an die katholische Kirche zu halten war.

Das Konkordat, das zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan am 20. Juli 1933 abgeschlossen wurde, schien die Haltung der Katholischen Kirche zu honorieren. Der Staat garantierte feierlich die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, seine öffentliche Ausübung, den Bestand und die Aktivitäten der katholischen Organisationen und Vereine, sofern sie sich auf religiöse, kulturelle und karitative Zwecke beschränkten. Bekenntnisschulen und Religionsunterricht waren gewährleistet. Im Gegenzug hatten neu eingesetzte Bischöfe einen Treueid auf die Reichsregierung zu leisten, und Priestern und Ordensleuten untersagte der Heilige Stuhl jede parteipolitische Betätigung. Als internationales Abkommen trug das Konkordat zur Stabilisierung und Reputation des neuen Regimes bei, machte den politischen Katholizismus mundtot und verhinderte vorläufig oppositionelle Regungen.

Im Gegensatz zur katholischen Kirche waren die Protestanten gespalten: Die „Deutschen Christen“, geführt vom „Reichsbischof“ Ludwig Müller, der, im September 1933 gewählt, im Dienst der weltlichen Obrigkeit aus den 28 evangelischen Landeskirchen eine einheitliche deutsche Nationalkirche im nationalsozialistischen Geist bilden wollte, waren die Exponenten des regimetreuen Flügels. Im Selbstverständnis der „Deutschen Christen“ im Dezember 1933 hieß es: „Wie jedem Volk, so hat auch unserem Volk der ewige Gott ein arteigenes Gesetz eingeschaffen. Es gewann Gestalt in dem Führer Adolf Hitler und in dem von ihm geformten nationalsozialistischen Staat.“ Die „Bekennende Kirche“ wurde in der Frontstellung zu den „Deutschen Christen“ das Sammelbecken der oppositionellen evangelischen Gläubigen. Die zweite Dahlemer Bekenntnissynode hatte schon im Oktober 1934 ein „kirchliches Notrecht“ gegen den totalen Staat postuliert. Die Kluft innerhalb der evangelischen Kirche wurde immer unüberbrückbarer. Die Errichtung eines Reichsministeriums für kirchliche Angelegenheiten unter Hanns Kerrl im Juli 1935 dämpfte den Kirchenkampf keineswegs. Er erreichte 1937 seinen Höhepunkt mit Verhaftungen von rund 800 Pastoren der Bekennenden Kirche.

Auf evangelischer Seite richteten sich einzelne Kanzelverkündigungen 1935 gegen die „rassisch-völkische Weltanschauung“. In einer Denkschrift des „radikalen Flügels“ der Bekennenden Kirche an Hitler wurde der staatlich verordnete Antisemitismus verurteilt, ebenso wie die Existenz der Konzentrationslager, die Willkür der Gestapo und andere Erscheinungen des NS-Staates. Aber die Denkschrift war geheim, und eine öffentliche Kanzelabkündigung ermahnte die Gläubigen zum Gehorsam gegenüber der weltlichen Obrigkeit. Weder gegen die Entrechtung der deutschen Juden durch die Nürnberger Gesetze im September 1935 noch gegen den Novemberpogrom 1938 haben die Kirchen als öffentliche Institutionen geschlossen und nachdrücklich protestiert.

Offener Widerstand aus christlicher Gesinnung wurde nur von einzelnen Personen, Pfarrern und engagierten Laien geleistet, die sich zu Wort meldeten, um Unrecht beim Namen zu nennen, wie der katholische Priester Max Josef Metzger, der mehrfach verhaftet und im April 1944 hingerichtet wurde, oder der evangelische Pastor Julius von Jan, der die Novemberpogrome 1938 öffentlich verurteilte, der Berliner katholische Domprobst Bernhard Lichtenberg oder der Protestant Heinrich Grüber, die sich offen für Juden einsetzten und dafür verfolgt wurden. Sie bildeten jedoch eine Minderheit und die Konsequenzen, die sie mit ihrem Protest bewusst auf sich nahmen, hatten sie allein zu tragen. Sie kamen ins Gefängnis, wurde in Konzentrationslager verschleppt oder ermordet.

III.IV. Mythos und Realität: Die „Geheime Staatspolizei“

Eine der wohl gefürchtetsten Adressen im NS-Reich lautete „Prinz Albrecht Straße 8“ in Berlin. Am Rande des Regierungsviertels residierte die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die im April 1933 gegründet wurde.

Berüchtigt war die Gestapo vor allem für ihre brutalen Ermittlungsmethoden beim Verhör, um Gefangene durch Folter zu belastenden Aussagen zu zwingen. Ihr Zweck war einzig die Verfolgung von echten und vermeintlichen Staatsfeinden. In einer entsprechenden Gesetzes-Formulierung von 1936 hieß es dann auch wenig beschönigend:

„Die Geheime Staatspolizei hat die Aufgabe, alle staatsgefährdenden Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten und die übrigen Behörden über wichtige Feststellungen auf dem Laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen.“

Gemeint war die Verfolgung Andersdenkender, wie Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen, Liberale und Demokrat*innen, die sich nicht mit dem NS-System anpassen wollten; gemeint waren aber auch Juden, Sinti und Roma, Freimaurer und unbeugsame Christen, Zigeuner*innen, Zeugen Jehovas, die den Wehrdienst verweigerten und alle anderen, die dem Regime missliebig waren.
Eine wichtige Rolle zur Informationsgewinnung spielten sogenannte „Vertrauensleute“ (V-Leute), „zivile Maulwürfe“ im staatlichen Auftrag. Die meisten Menschen denunzierten andere aus privaten Interessen oder niederen Beweggründen wie Neid, Rache, Zorn, Hass oder Missgunst. Typische Denunzianten blieben anonym – aus Feigheit oder Angst. V-Leute wurden von der Gestapo hauptsächlich in den gegenüber dem Nationalsozialismus resistenten Gruppen wie der sozialdemokratisch oder kommunistisch geprägten Arbeiterschaft oder katholischen Kreisen geworben.

Zusammenschluss zum Reichssicherheitshauptamt
Aus Sicht der Gestapoführung waren Polizei und Verwaltung nicht nur der verlängerte Arm der Verfolgungsbehörde vor Ort, sie gehörten zum Verfolgungsnetzwerk dazu. Wie wichtig die normale Polizei für die Unterstützung staatspolizeilicher Aktionen war, zeigte sich schon kurze

Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübertragung. Die frühen Beschlagnahmungsaktionen kommunistischen und sozialdemokratischen Vermögens sowie die anschließenden Verhaftungen wären ohne die massive Unterstützung von herkömmlichen Polizeieinheiten gar nicht nicht möglich gewesen.
So war die Zusammenlegung der Gestapo mit anderen Geheim- und Sicherheitsbehörden des Dritten Reiches nur eine logische Folge. Am 27. September 1939 wurden die Gestapo und die Kriminalpolizei als Teile der Sicherheitspolizei mit dem Sicherheitsdienst (SD) zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammengefasst. Die Gestapo trat ab diesem Zeitpunkt unter dem Namen Abteilung IV des RSHA mit der Bezeichnung „Gegnerbekämpfung“ auf und arbeitete neben den Abteilungen für „Gegnerforschung“, „Deutsche Lebensgebiete“ und dem ehemaligen Auslandsdienst, die alle aus dem SD hervorgegangen waren. Die Gestapo war damit bis zu ihrer Auflösung nach dem Ende der Nazi-Herrschaft Teil eines Machtapparats geworden, in dem die Unterscheidung zwischen eigentlicher Polizeibehörde und den zur Schutz Staffel (SS), also einer politischen Organisation, gehörenden Organisationseinheiten fast unmöglich wurde.

----------*Keine Anzeige*----------

Der Hunger des Staates nach Feinden.

Broschüre
der Roten Hilfe e.V.
zur Geschichte der Paragrafen 129, 129a und 129b und ihrer Anwendung gegen die radikale Linke
Hrsg. Rote Hilfe e.V.
A4, 80 Seiten

3,00 EUR

zu beziehen über:
Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
T & F: 0431 / 751 41
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

III.V. Wer oder was war der „Reichsnährstand“ im Dritten Reich?

Der „Reichsnährstand“ war eine wichtige Instanz zur Sicherung der Macht der Nazis im Bereich der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung im Dritten Reich. Grundlage dieses Textes ist der Beitrag „Reichsnährstand“ von Wolfgang Benz aus dem Buch „Die 101 wichtigsten Fragen – Das Dritte Reich.

Die Erinnerung an die britische Seeblockade während des Ersten Weltkriegs, die damit einher gegangene Hungersnot und die daraus entstandene Kriegsmüdigkeit der Deutschen hatten weder Adolf Hitler noch seine Paladine vergessen. Um so entschlossener war die Nazi-Führung, den Kampf an der „Heimatfront“ in dem bereits geplanten neuen Krieg nicht zu verlieren.
Der „Reichsnährstand“ war die Organisation zur Durchsetzung nationalsozialistischer Agrarpolitik und zur Lenkung der Ernährungswirtschaft im Dritten Reich. Er ist ein Musterbeispiel für die Eroberung und Festigung der Macht durch die Nazis auf einem zentralen Feld von Wirtschaft und Gesellschaft, zugleich für die Gleichschaltung von Organisationen, die Verflechtung von Staats- und Parteiinteressen und nationalsozialistischer Personalpolitik.
Der Reichsnährstand als Zwangsorganisation, am 13. September 1933 gegründet, vereinigte alle an der Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung landwirtschaftlicher Produkte beteiligten Personen. Die als Selbstverwaltungskörperschaft deklarierte Organisation, in der u.a. alle landwirtschaftlichen Betriebe erfasst waren, hatte Mitte der dreißiger Jahre ca. 17 Millionen

Mitglieder. Der Reichsnährstand agierte unter ideologischen, ökonomischen und folkloristischen Gesichtspunkten als Element berufsständischer Gesellschaftsordnung.
Idee und Gestalt des Reichsnährstandes waren eng mit der Person Richard Walther Darrés verbunden. Geboren 1895 in Argentinien in einer deutsch-argentinischen Handelsfamilie, hatte er Kolonial- und Landwirtschaft studiert, war mit Schriften wie „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“ (1929) und „Neuadel aus Blut und Boden“ (1930) hervorgetreten. 1930 wurde er Leiter des „Agrarpolitischen Apparats“ der NSDAP und 1931 gleichzeitig als Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS Chefideologie der Partei auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft und des Siedlungswesens. Es gelang ihm rasch, die Agrarverbände, die teilweise schon Ende der zwanziger Jahre von Nationalsozialisten durchdrungen waren, die Bauernvereine und den Reichslandbund zu vereinigen, im April 1933 auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und schließlich die Landwirtschaftskammern gleichzuschalten.
Am 4. April 1933 zum „Reichsbauernführer“ ernannt, der Hitler unmittelbar verantwortlich war (und damit einen neuen Typ einer obersten Reichsbehörde neben den klassischen Ressorts verkörperte) wurde Darré im Juni 1933 auch Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. An der Spitze des Reichsnährstands stand der Reichbauernführer. Darré standen ab September 1933 zwei Instanzenkomplexe zur Verfügung, einmal als Reichsminister die staatlichen Behörden, zum anderen als Chef des Reichsnährstandes die Landes-, Kreis- und Ortsbauernführer. Ziel des Reichsnährstandes war die Lenkung und Kontrolle der Erzeugung, die Regulierung des Marktes und der Preise, aber auch die ideologische und kulturelle Betreuung der Mitglieder. Höhepunkt dieser Aktivitäten ländlicher Brauchtumspflege (Pflege der Agrarromantik durch Förderung von Volkstanz, Tracht, Sonnwendfeiern, Heimatdichtung etc.) war das zentrale Erntedankfest am Sonntag nach Michaelis auf dem Bückeberg bei Hameln. 1937 nahmen 1,5 Millionen Menschen an diesem Ereignis teil, als Hitler auf dem „Weg durch das Volk“ zum Erntealtar auf der Bergkuppel schritt, um die Erntekrone vom Bauernstand im Namen der Nation entgegen zunehmen.
Der Blut-und-Boden-Theoretiker Darré wurde, weil er die Ernährungsprobleme nach Kriegsausbruch nicht in den Griff bekam und weil seine Vorstellungen schon zuvor mit den Kriegsvorbereitungen von Görings Vierjahresplanverwaltung kollidierten, schrittweise entmachtet. Schon im Herbst 1938 verlor er die Leitung des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, als Reichsminister trat er mehr und mehr in den Hintergrund, bis er auf Anordnung Hitlers am 16. Mai 1942 beurlaubt wurde. Sein Staatssekretär Backe wurde Nachfolger als Reichsbauernführer und Chef des Reichsnährstandes.
Die Bürokratie dieser Mammutorganisation überdauerte in Teilen das Ende des Dritten Reiches. Weil man glaubte, auf das System der Oberbauernführer bei der Verwaltung des Mangels in den ersten Besatzungsjahren noch angewiesen zu sein, wurde der Reichsnährstand im amerikanisch-britischen Besatzungsgebiet erst im Januar 1948 aufgelöst.

III.VI. Bauen im Nazi-Staat: die „Deutsche Arbeitsfront“ und die „Organisation Todt“

Es gab keinen Bereich, der nicht versucht wurde von den Nazis zu durchdringen. Für die größenwahnsinnigen Bauvorhaben, wie der „Welthauptstadt Germania“, und militärische Großprojekte, wie dem „Westwall“ waren uniforme Organisationen nötig, die solche Baumaßnahmen umsetzen konnten.

In diesem Beitrag werden in der gebotenen Kürze die „Deutsche Arbeitsfront“ und die „Organisation Todt“ vorgestellt. Grundlage des Textes sind die Beiträge „Deutsche Arbeitsfront“ und „Organisation Todt“ von Wolfgang Benz aus dem Buch „Die 101 wichtigsten Fragen – Das Dritte Reich.

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als Gewerkschaftsersatz im Dritten Reich
Am 10. Mai 1933 wurde die DAF gegründet und war schließlich die war die größte Massenorganisation des Dritten Reiches. Rechtlich ein angeschlossener Verband der NSDAP, übertraf die DAF an Mitgliedern die Partei um das Fünffache. 1939 waren etwa 23 Millionen, 1942 etwa 25 Millionen in der Gemeinschaft „aller schaffenden Deutschen“ zusammengeschlossen.
Zweck der DAF war die Beseitigung des demokratischen Systems des Interessenausgleiches zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die DAF war nach der Zerschlagung der Gewerkschaften die nationalsozialistische Einheitsorganisation für Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Gewerbetreibende sowie für Arbeitgeber. Sie besaß weder das Recht zum Abschluss von Tarifverträgen noch die Möglichkeit, die auf die Regelung von Arbeits- oder Urlaubszeiten einzuwirken. Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront war die „Bildung einer Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“, so stand es in der entsprechenden Verordnung des Führers. Das hieß: Politische Schulung der Mitglieder im Rahmen einer korporatistischen Gesellschaftsordnng. Diese Aufgabe war aber auch der NSDAP selbst zugewiesen, die in Konkurrenz wischen Partei und DAF war damit programmiert, ebenso eine Serie von Konflikten, die sich daraus ergaben, dass der Chef der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, gleichzeitig Reichsorganiationsleiter der NSDAP war und die Bürokratie der DAF einer Krake gleich ihre Arme überallhin ausstreckte – 1939 hatte die DAF 44.000 hauptamtliche und 1,3 Millionen ehrenamtliche Mitarbeiter.
Gegliedert in zehn Ämter war die DAF auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik aktiv, veranstaltete den „Leistungskampf der deutschen Betriebe“ und den „Reichsberufswettbewerb“ und besaß zahlreiche Wirtschaftsunternehmen, darunter Wohnungsbaugesellschaften, Bauunternehmen, Versicherungen, Banken Verlage und Druckereien. Durch die Übername des Gewerkschaftsvermögens 1933 und durch die Mitgliedsbeiträge war die DAF finanziell äußerst potent. Die Unterorganisation „NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude“ machte mit ihren Freizeitangeboten die DAF populär, dazu gehörten Kreuzfahrten, Urlaubsaufenthalte und das Volkswagenprojekt.

Militärisch organisiertes Bauwesen: Die Organsiation Todt
1939 wurde die Organisation Todt, zur Durchführung des Baus der militärischen Großanlagen wie dem „Westwall“, der auf 630km Länge von der Schweiz bis Aachen die deutsche Westgrenze mit einer Betonhöckerlinie und 14.000 Bunkern schützen sollte, gegründet. Den

Namen hatte sie von ihrem Chef, dem Straßenbauingenieur Fritz Todt, der seit 1922 NSDAP-Mitglied war, der SA angehörte und am 30. Januar 1933 zum „Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen“ ernant worden war. Todt war nicht nur für den Bau der Reichsautobahnen zuständig, er war auch ab Dezember 1938 als Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft verantwortlich. 1940 war er zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition berufen worden.
Mit der Organsiation Todt (OT) trat eine Arbeitsarmee mit etwa 350.000 Männern ins Leben, die während des Krieges in den besetzten Gebieten eine Stärke von etwa 800.000 deutschen und ausländischen Arbeitern – einschließlich Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen – erreichte. Zu den Aufgaben der OT gehörten schließlich alle militärischen Baumaßnahmen, auch die Bauformationen der Wehrmacht wurden der OT unterstellt. „Frontbauleitungen“ sorgten für die Wiederherstellung zerstörter Infrastruktur. Auch der Bau des „Atlantikwalls“ oblag der Organisation Todt.
Die OT war eine paramilitärische Formation, ihre Angehörigen trugen Uniform Als Sonderorganisation mit speziellem Auftrag, dank ihrer in der NS.Hierarchie hochrangigen personellen Spitze und wegen ihrer relativen Unabhängigkeit von bürokratischen Zwängen galt die OT als effizient. Nachdem Fritz Todt bei einem Flugzeugabsturz im Februar 1942 ums Leben gekommen war, wurde Albert Speer Nachfolger in allen Ämtern, auch als Chef der Organisation Todt.

III.VII. Frauen im Dritten Reich: der „Bund deutscher Mädel“

Die Erziehung der Mädchen war dem Ideal der künftigen Mutterschaft ausgerichtet, höhere Schulbildung wurde teilweise, Koedukation vollständig abgelehnt. Soziale und politische Emanzipation, wie sie von den Frauen im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik ein Stück weit errungen worden war, wurde durch die Ideologie der Nazis und später per Gesetz verhindert.

„Wir empfinden es nicht als richtig, wenn das Weib in die Welt des Mannes, in sein Hauptgebiet eindringt, sondern wir empfinden es als natürlich, wenn diese beiden Welten geschieden bleiben. In die eine gehört die Kraft des Gemütes, die Kraft der Seele! Zur anderen gehört die Kraft des Sehens, die Kraft der Härte, der Entschlüsse und die Einsatzwilligkeit! […]
Das Wort von der Frauen-Emanzipation ist nur ein vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort, und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt. Die deutsche Frau brauchte sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren, sie hat genau das bessesen, was die Natur ihr zwangsläufig als Gut zur Verwaltung und Bewahrung gegeben hat.“

… erklärte Adolf Hitler in einer Rede nur wenige Monate nach der Machtübertragung. Der NS-Staat war eine Männergesellschaft, in der Frauen faktisch keine Rolle spielten. Die Frau wurde auf ihrer Rolle als Mutter und vermeintliche Hüterin des Heims, als Erzieherin der Kinder, als dem Mann untertane Ehegefährtin, die sich durch „Fortpflanzungsverweigerung“ oder Unfruchtbarkeit schuldig machen konnte, reduziert.

Politische Rechtlosigkeit und geheuchelte Wertschätzung

Die Erziehung der Mädchen war dem Ideal der künftigen Mutterschaft ausgerichtet, höhere Schulbildung wurde teilweise, Koedukation vollständig abgelehnt. Soziale und politische Emanzipation, wie sie von den Frauen im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik ein Stück weit errungen worden war, wurde durch die Ideologie der Nazis und später per Gesetz verhindert.

Der politischen Rechtlosigkeit der Frauen wurde eine mantraartig vorgebrachte Idealisierung der Mutterschaft entgegengesetzt. Der 1934 eingeführte Muttertag gehörte fest ins Feierjahr der Nazis und der ab 1938 verliehene Orden der NSDAP „Ehrenkreuz der deutschen Mutter“ sollte einmal mehr von der Emanzipationsfeindlichkeit der Männer ablenken. Die Auszeichnung wurde in Bronze für vier bis sechs Kinder, in Silber für sechs bis sieben Kinder und in Gold für acht und mehr Kinder verliehen, und zwar bis November 1944 nur an reichsdeutsche, dann auch an volksdeutsche Mütter. Überlegungen, die Auszeichnungen mit einem Ehrensold zu verbinden, wurden aus finanziellen Erwägungen nicht realisiert.

Der „Bund deutscher Mädel“ (BDM)

Die bekannteste, wenn auch nicht einzige, Frauenorganisation im Dritten Reich war der „Bund deutscher Mädel“ (BDM). Obwohl er bereits 1930 gegründet wurde, entwickelte sich dieser Frauenbund erst nach der Machtübertragung als untergeordneter Teil der Hitler-Jugend (HJ) unter dem „Reichsjugendführer“ Baldur von Schirach zu einer Massenorganisation. Im BDM, der 1939 zur Staatsorganisation wurde, galt vor allem für Mädchen von 14 bis 18 Jahren Dienstpflicht.

Die Teilnahme an Heimabenden, Sportnachmittagen, Lagern-Fahrten und anderen Veranstaltungen war gesetzlich vorgeschrieben und bildete einen wichtigen Eckpfeiler der nationalsozialistischen Indoktrinierung und Erziehung der weiblichen Jugend zu „Trägerinnen der nationalsozialistischen Weltanschauung“, wie es Baldur von Schirach ausdrückte.

Der BDM war in der Ausbildung von Frauenberufen (wie beispielsweise Hauswirtschaft, Pflege und Landwirtschaft) engagiert und wurde sozialpolitisch zur Linderung des Arbeitskräftemangels instrumentalisiert. Beispiele hierfür sind der „Landdienst“ der HJ für das Hilfswerk „Mutter und Kind“ und die seit 1934 vom BDM, deutschen Frauenwerk und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung getragene Einrichtung „Das hauswirtschaftliche Jahr“. Allein 1937 wurden rund 25.000 Mädchen als Haushaltshilfen im Deutschen Reich vermittelt worden.

Nach Kriegsausbruch nahm der BDM im großen Stil am „Kriegseinsatz der Hitlerjugend“ teil. An die Stelle von Pflegekräften, die in Frontlazarette versetzt wurden, traten BDM-Mädchen in Krankenhäusern und Heimatlazaretten. Sie wurden als Erntehelferinnen in der Heimat und im „Osteinsatz“ im besetzten Polen in Anspruch genommen, waren als Wehrmachtshelferinnen tätig, ersetzten das Personal in den Verkehrsbetrieben der Großstädte oder betreuten im Rahmen der Kinderlandverschickung evakuierte Kinder.

IV. Faschismus als Sprungbrett in die moderne Gesellschaft? – Zum Forschungsstand einer Debatte

Immer wieder wird darüber diskutiert, ob und inwiefern faschistische Regime in Europa einen Anteil am Entstehen „moderner“ Gesellschaften hatten. Insbesondere das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutsche Reich werden im Zuge dieser Modernisierungsdebatte beleuchtet.

Unterschiedliche Vertreter*innen der Wissenschaft interpretieren den Faschismus als gewaltsamen Versuch einer beschleunigten Modernisierung oder gegensätzlich als Revolte gegen die Moderne, die an dieser Stelle aufgezeigt und teilweise bewertet werden sollen.

Borkenau & Dahrendorf: Faschismus als Schub in die moderne Gesellschaft?
Der Modernisierungsansatz geht auf Franz Borkenau zurück, der bereits 1933 von der verspäteten und überhasteten Entwicklung des Kapitalismus in Italien und Deutschland ausgehend den Faschismus als eine Art von Entwicklungsdiktatur interpretierte. Faschismus ist für ihn eine immanente Notwendigkeit des industriellen Systems, um vorhandene „Störungen“ zum Aufbau eines „modernen“ Staates zu beseitigen und das Funktionieren des Staatsapparates sowie des industriellen Fortschritts zu garantieren.
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befasste sich Ralf Dahrendorf mit der Thematik und baute die Theorie aus. Der Nationalsozialismus habe laut Dahrendorf „die in den Verwerfungen des kaiserlichen Deutschlands verlorengegangene, durch die Wirrnisse der Weimarer Republik

aufgehaltene soziale Revolution vollzogen“. Ihr Kern sei „der brutale Bruch mit der Tradition und Stoß in die Modernität“, und Hitler habe die dazu notwendige „Transformation der deutschen Gesellschaft“ bewirkt.
Beide sehen also die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die durch faschistische Regime erwirkt wurden, einen deutlichen Entwicklungsschub für die künftigen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Modernisierungsansätze versuchen den Nachweis zu führen, dass die in Deutschland nicht erfolgte bürgerliche Revolution unbewusst von den Nazis durch die Zerstörung feudaler und traditionaler, die Entfaltung der Demokratie in der Weimarer Republik behindernder Strukturen, herbeigeführt wurde. Dies gilt den Modernisierungstheoretikern als Voraussetzung für die stabile Demokratie der Bundesrepublik nach 1949. Die Anschlussfähigkeit des Dritten Reiches an die bürgerliche Demokratie – die allgemein als „die moderne Gesellschaft“ angesehen wird – sah Dahrendorf 1949 darin, dass die traditionellen Hindernisse in der deutschen Sozialstruktur nach dem Ersten Weltkrieg, welche das Scheitern der Weimarer Republik vorprogrammierten, von den Nazis beseitigt worden war.

Umberto Eco, Henry A. Turner und co.: Technologischer Fortschritt und gesellschaftlicher Rückstand

Die Theorie der Modernisierung durch faschistische Regimes stehen jedoch starke Argumente und Thesen entgegen, die sich nicht ignorieren lassen. Zwei der bekanntesten Kritiker_innen der Modernisierungstheorie nach Dahlendorf sind Umberto Eco und Henry Ashby Turner. So schreibt Eco:

„Sowohl Faschisten als auch Nazis huldigten dem technologischen Fortschritt, während traditionalistische Denker diesen für gewöhnlich als Negation von traditionellen geistigen Werten ablehnen. Jedoch selbst wenn der Nazismus stolz auf seine industriellen Errungenschaften war, war dessen Lob der Moderne nur die Oberfläche einer Ideologie, die auf „Blut und Boden“ basierte.“

Als Essenz des Faschismus sieht Turner sogar „eine Revolte gegen die moderne Industriegesellschaft und den Versuch, eine ferne mythische Vergangenheit zurück zuerobern.“ Um ihre fortschrittsfeindlichen Ziele verfolgen zu können, hätten Nazis zwangsläufig eine industrielle Kriegsmaschinerie aufbauen müssen, jedoch hätten sie alles andere als eine Modernisierung der deutschen Gesellschaft beabsichtigt. Jeffrey Herf konstatiert schließlich, der Nationalsozialismus habe Modernisierungsprozess in Deutschland angehalten und nicht gefördert.
Tatsächlich sind die empirischen Befunde, die gegen eine Modernisierungstendenz des Dritten Reiches sprechen, ernüchternd. Beispielsweise setzt die Liberalisierung der Familienstruktur erst in der Bundesrepublik ein. Bei der Elitenrekrutierung wurden ebenfalls moderne Kriterien erst nach 1945 wieder relevant. Auch spricht das empirische Material dagegen, dass sich die Chancengleichheit zwischen Männern im Dritten Reich vergrößerte.
Jens Albert stellte fest, dass „erst die Zerstörung des nationalsozialistischen Regimes, die darauf folgende Teilung Deutschlands, die die Sozialstruktur der BRD in die Kultur-, Wirtschafts-, und Verteidigungsgemeinschaft des Westens […] die Grundlagen für eine erfolgreiche Modernisierung des Landes“ schufen, „die einen radikalen Kontinuitätsbruch mit der deutschen Vergangenheit darstellt“.
Aus diesem Ansatz ergibt sich Frage: Ist der Faschismus eine von außen auf die deutsche Geschichte einwirkende Kraft oder ist er ein Resultat der deutschen Geschichte?

Wolfgang Schieder: Kriterien für modernisierungstheoretische Fragestellungen

Die eigentliche Frage muss lauten, wie der Nationalsozialismus in den Gang der Moderne einzuordnen ist. Und dies kann nicht intentionalistisch bestimmt werden. „Modernisierung“ ist theoretisch gesehen nicht von politischen Entscheidungsprozessen abhängig. Sie vollzieht sich nicht wegen, sondern vielmehr trotz dieser.

Für die modernisierungstheoretische Bewertung der Zeit des Dritten Reiches ist darüber hinaus entscheidend, was sich in sozialpolitischer Hinsicht tatsächlich verändert hat. Dabei sind dreierlei Dinge zu berücksichtigen. Zum einen lassen sich modernisierungstheoretische Fragestellungen nur über Langzeituntersuchungen beantworten. Die Epoche des Dritten Reiches ist für sich genommen zu kurz, um über gesellschaftliche Veränderungsprozesse Auskunft geben zu können.

Zum anderen geht man von falschen Voraussetzungen aus, wenn man „Modernisierung“ als einen linearen Prozess ansieht, der irgendwann zum Ziel kommt. Anstatt immer nur die Fortschrittsfrage zu stellen, ist es viel sinnvoller, den Faschismus als ein Krisenprodukt der Moderne zu verstehen. Letztens schließlich liegt auf der Hand, dass Modernisierungsprozesse nur in historischer Vergleiche mit anderen Gesellschaften untersucht werden können. Die sozialwissenschaftliche Theorie ist hier durchweg wertend verfahren. Versuche einer objektiven analytischen Herangehensweise fehlen oft völlig. Die westlich-bürgerlichen Demokratien galten lange als das Maß aller Dinge. Weiter wurde oft behauptet, dass sie eine global gültige Schablone lieferten, an dem sich alle anderen Gesellschaften orientieren sollten. Beides ist längst fragwürdig geworden, das heißt aber nicht, dass damit die ganze Modernisierungstheorie in Gänze falsch wäre.

Faschismus: Modernisierung oder Ausdruck einer Krise?

Nun wird immer wider behauptet, dass der Faschismus ungeachtet seiner eigenen Zielstellung wider Willen doch „modern“ gewesen sei. Und selbstverständlich war der Faschismus Teil der „Moderne“ – was sollte er im 20. Jahrhundert auch anderes sein?! Die bloße Einordnung in einen zeitlichen Rahmen reicht aber nicht aus, um von einer Moderne im Sinne einer fortschrittlichen Gesellschaft zu sprechen.

Italien und Deutschland gelten als sogenannte „verspätete Nationen“, die Prozesse der „nationalen Identitätsfindung“, der „politischen Verfassungsfindung“ und des „wirtschaftlichen Strukturwandels“ setzten in diesen beiden Ländern später ein, als anderswo. In dieser Dreifach-Krise kann der Ursprung des Faschismus gesucht werden. Er war die politische Antwort auf eine nicht zu bewältigende Modernisierungskrise. Er ist daher auch nicht unter dem Aspekt der Modernisierung, sondern unter dem einer Modernisierungskrise zu diskutieren.

Oft wird auf alle möglichen Entwicklungen verwiesen, welche sich in Italien und Deutschland in faschistischer bzw. nationalsozialistischer Zeit trotz allem vollzogen hätten. Solchen Ansichten kann nur schwer gefolgt werden, da es nahezu unmöglich ist, festzustellen, was sich ohne, gegen oder mit dem Faschismus entwickelt hat bzw. hätte. Selbst wenn es gewisse Teilmodernisierungen gegeben hat, muss doch immer die Frage gestellt werden, ob nicht ein ungleich größerer Modernisierungsschub möglich gewesen wäre, wenn man nicht den faschistischen Weg gegangen wäre.

Das scheinbar Moderne am Faschismus ist sein politischer Stil: die Ausnutzung der Technik und der Medien, vom Auto und Flugzeug bis zum Rundfunk. Der scheinbar moderne Habitus des Faschismus beider Gestalt führt deshalb nicht an dem Urteil vorbei, dass beide in ihren Ländern das „Projekt der Moderne“ auf verhängnisvolle Weise gestört haben.

V. Mecklenburg und Vorpommern in der NS-Zeit

V.I. Konzentrationslager im heutigen Mecklenburg-Vorpommern

Kaum eine andere Institution steht symbolisch und tatsächlich so deutlich für den menschenverachtenden Terror der Nazis, wie das engmaschige Netz aus Konzentrations- und Vernichtungslager.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern gab es mehrere solcher Lager, von denen einige nur wenige Monate vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches errichtet wurden. Zwar wurden erst im späteren Verlauf des Krieges Außenlager auf dem Gebiet des heutigen M-V errichtet, ihre Bilanz ist dadurch aber nicht weniger schrecklich.

Von „Wilden-“ zu „Konzentrationslager“

Nachdem die sogenannten „Wilden Lager“, die bereits kurz nach der Machtübertragung an die Nazis im ganzen Land errichtet worden waren, wieder geschlossen werden sollten, wurde die Errichtung der sogenannten Konzentrationslager beschlossen. Am 20. März 1933 hatte Heinrich Himmler, Reichsführer SS und damals kommissarischer Münchner Polizeipräsident, die Errichtung eines KZ für politische Gegner des Nationalsozialismus angekündigt. Auf dem Gelände einer ehemaligen Pulverfabrik bei Dachau sollte das erste dieser neuen Lager entstehen und schon einen Tag nach Himmlers Dekret trafen die ersten „Schutzhäftlinge“ ein. Damit legte Himmler den Grundstein für ein Imperium des Schreckens. Im Juni 1933 wurde Theodor Eicke, ein Nationalsozialist der ersten Stunde und mittlerweile ranghoher SS-Offizier,

zum Kommandant des KZ Dachau ernannt. Er entwickelte das typische Lagerregiment, die äußere Organisation mit Wachtürmen, unter elektronischer Hochspannung stehenden Zäunen und die Richtlinien der Verwaltung, die schließlich in allen Konzentrationslagern bis zum Ende des Dritten Reiches Geltung hatten.

Außenlager auf dem Gebiet des heutigen MV

Zwar sind für das heutige Territorium Mecklenburg-Vorpommerns keine Stammlager bekannt, dennoch gab es eine Vielzahl von Außenlagerstandorte, die dem KZ Ravensbrück oder dem KZ Neuengamme unterstellt waren. Sie belegen die große Spannbreite der Arbeits- und Existenzbedingungen für die Häftlinge in den Lagern. Sie reichen vom kleinen Außenkommando mit „Bibelforschern“ in einem Forschungsinstitut in Sassnitz bis zum Außenlager für die Heinkel Flugzeugwerke in Barth mit einer extrem hohen Sterberate. Einige Lager erhielten am Ende des Krieges die Funktion eines Auffanglagers für zahlreiche Standorte. Die Überbelegung der Lager mit gleichzeitig ausbleibender Verpflegung und medizinischer Betreuung ließ die Sterbezahlen in die Höhe schnellen. Beispiele dafür sind die Außenlagerstandorte Wöbbelin und Neustadt-Glewe.

Für das KZ Ravensbrück konnten bisher die Existenz von 43 Außenlagern zwischen 1942 und 1945 nachgewiesen werden. Davon befanden sich vierzehn Standorte auf dem heutigen Gebiet MV’s.

Von den insgesamt 87 Außenlagern des KZ’s Neuengamme befanden sich auf dem heutigen Territorium von Mecklenburg-Vorpommern vier. Die nur temporär eingesetzten Häftlingsgruppen auf dem Darß 1941 gehören zu den ersten Außenkommandos von Neuengamme. Zwei der Außenlager in Westmecklenburg, Boizenburg und Wöbbelin, sind sehr gut untersucht und markiert.

KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter*innen

1942 wendete sich das Krieggeschehen allmälig. Arbeitskräfte wurden zunehmend knapp im Deutschen Reich, weil immer mehr Männer zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Schon früh wurden Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit in den unterschiedlichsten Agrar- und Industriebereichen eingesetzt. Dennoch reichten die Arbeitskräfte nicht aus und es wurde fieberhaft nach weiteren Lösungen für die Engpässe gesucht. Eine mögliche Lösung war schnell gefunden. Nach der Übernahme der Inspektion der Konzentrationslager als Amtsgruppe D in das neu gebildete SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) beschrieb der Chef des WVHA Oswald Pohl den beabsichtigten Funktionswandel des KZ-Systems in einem Brief an Heinrich Himmler vom 30.04.1942 folgender Maßen:

„Der Krieg hat eine sichtbare Strukturveränderung der Konzentrationslager gebracht und ihre Aufgabe hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert. Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert.“

Nach einem mehrere Monate andauernden Ringen zwischen SS, Industrie, Wehrmachtsbehörden und Rüstungsministerium einigte man sich im September 1942, KZ-Häftlinge zukünftig an die Rüstungsindustrie zu vermieten. Auf Grundlage des gerade genannten Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Saukel, 50.000 zivile Arbeitskräfte aus den besetzten Gebiete heranzuschaffen, scheiterten die Pläne Pohls die jüdischen Häftlinge als Arbeitskräfte einzusetzen. Die verbliebenen jüdischen Häftlinge wurden

Ende 1942 aus den Konzentrationslager im Reich in die Vernichtungslager deportiert.

Auch Lager in Mecklenburg und Vorpommern als Teil des Holocausts begreifen
Für viele der bereits stark geschwächten jüdischen Häftlinge aus dem Osten verwandelten sich einige Lager in Sterbelager. Damit sind diese Außenlagerstandorte auch Schauplätze des Völkermords an den Juden Europas, der Sinti und Roma sowie anderer Opfergruppen.
Die Häftlinge in diesen Lagern waren völlig rechtlos, der Willkür und Brutalität der SS ausgesetzt, mussten Zwangsarbeit leisten und lebten unter katastrophalen hygienischen Bedingungen mit einer völlig unzureichenden Versorgung an Nahrung und Medikamenten. Die Todesbedrohung war allgegenwärtig.

Am Kriegsende wurden die meisten dieser Lager aufgelöst, die Häftlinge auf Transporte in andere Lager wie Malochw, Neustadt-Glewe und Wöbbelin geschafft. Das führte zu einer unbeschreiblichen Überfüllung der noch bestehenden Lager, die Todeszahlen explodierten bis zur Befreiung durch die alliierten Truppen förmlich. Das Geschehen auf den Todesmärschen der KZ-Häftlinge von Sachsenhausen und Ravensbrück in Richtung Nordwesten sowie auf den Häftlingsschiffen in der Lübecker Bucht stellen das letzte Kapitel des faschistischen Terrors auf dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns dar. Mehrere tausend Menschen starben auch hier an der menschenverachtenden Behandlung durch die Aufseher*innen, der fehlenden Verpflegung und medizinischen Versorgung und in den letzten Wochen des Bestehen des Dritten Reiches während den Todesmärschen aus den bereits befreiten Lagern.

V.II. 2.000 Leben für den Profit: Das Außenlager Barth

Die Stadt Barth selbst ist relativ unscheinbar. Auch im NS-Reich hatte sie anfangs keine Bedeutung, erst mit dem Bau eines Fliegerhorstes südlich der Stadt, der am 10. Juli 1936 in Dienst gestellt wurde, wurde die Stadt auch für Industrieunternehmen interessant.

Im November 1943 wurde das Konzentrationslager in Barth als Außenlager des Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gebaut und sollte die dringend benötigten billigen Arbeitskräfte für die Heinkel-Werke, die unter anderem den deutschen Bomber He110 bauten, liefern. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren für die Häftlinge, wie in allen Konzentrationslagern, erniedrigend und lebensfeindlich. Die ersten 200 Gefangenen aus Buchenwald wurden ähnlich wie später ankommende Häftlinge in Baracken aus 15 Quadratmetern je zu 20 Personen gepfercht. Als Zudecke bekamen sie jeweils eine dünne Wolldecke, eine harte Strohmatratze sowie ein kleines Kopfkissen. Verlor ein Häftling etwas davon, wurde es ihm nicht ersetzt. Insgesamt wurden im Laufe des Krieges über 7.000 Häftlinge aus 20 Nationen in Barth festgehalten.
Die Verpflegung der Insassen war mehr als unzureichend. In der Regel bekamen die Häftlinge nicht mehr als einen Liter dünner Kartoffel-,Kohl- oder Steckrübensuppe. Ab und an gab es dazu Ersatzkaffee sowie etwa 100 Gramm Ersatzbrot und wenige andere Dinge. Hunger war auf Grund der schweren körperlichen Arbeit und der schlechten Ernährung deshalb der ständige Begleiter der Zwangsarbeiter*innen. Viele erlagen den Strapazen des Arbeitsalltages,

erkrankten an Tuberkulose oder wurden einfach von den SS-Wachen erschossen. Die Versorgung der Lagerinsassen war für den Barther KZ-Kommandanten nicht von Interesse, da kranke Häftlinge einfach nach Ravensbrück zurückgeschickt und durch neue ersetzt wurden. Nachdem sowjetische Truppen auf Barth vorrückten, wurde das Lager am 30. April 1945 geräumt. Insgesamt fünf Todesmarschkolonnen wurden in Richtung Rostock losgeschickt – drei Kolonnen mit Männern und zwei mit Frauen. Nachdem auch die letzten SS-Wachen geflohen waren, waren noch etwa 800 Frauen im Lager zurückgeblieben. Diese machten sich auf in die benachbarte Stadt, wo sie von bewaffneten Hitler-Jungen, die wohl als einzige noch ernsthaft an den „Endsieg“ glaubten, aufgegriffen. Eine Erschießung der Frauen konnte nur durch das Eingreifen der Ribnitzer Bevölkerung verhindert werden. Auch die zweite Frauenkolonne kam während des Marsches frei.
Angeschlossen an den Fliegerhorst war auch das Kriegsgefangenenlager Stalag Luft I, in dem mehrere tausende alliierte Flieger interniert waren. Nach der Flucht der SS-Mannschaften betraten einige von ihnen als erste das ehemalige Konzentrationslager. In manchen Räumen fanden sie Menschen, die schon seit Tagen tot waren. Neben den Leichen standen Folterinstrumente, mit denen Knochen gebrochen werden sollten. Für etwa zwei Wochen verwalteten die Flieger das Lager selbst, versuchten die Verpflegung zu organisieren und den Verletzten zu helfen.
Als die sowjetischen Truppen eintrafen, halfen die Piloten weiter bei der Versorgung. Noch Wochen nach der Befreiung des Lagers starben Menschen an den Folgen der Behandlung durch die SS. Und trotzdem waren die sowjetischen Soldaten längst nicht mehr so erschrocken, wie Piloten der westlichen Alliierten. Sie hatten bereits die KZs in Polen und den Gebieten der Sowjetunion gesehen, wo Millionen Menschen ermordet wurden. Der Fassungslosigkeit war inzwischen Trauer und auch Wut gewichen.
Die meisten Barther wollen bis zum Kriegsende nichts von den Zwangsarbeiter_Innen und ihrem Leid auf dem Fliegerhorst Barth gewusst haben. Mehr als ein Versuch des Selbstbetruges dürften die meisten dieser Äußerungen nicht sein. Der Horst und das KZ waren nicht weit von der Stadt Barth entfernt. Der wirtschaftliche Aufschwung, der durch die Ansiedlung verschiedener Rüstungsunternehmen zu Stande kam, hatte die übergroße Mehrheit der Menschen blind für das Elend anderer gemacht. An der Barther Gedenkstätte steht deshalb noch heute mahnend in mehreren Sprachen auf schweren Steinplatten geschrieben:

In Barth wurden über 2.000 Menschen für die Profitinteressen des Heinkelkonzerns zu Tode gequält.

V.III. Das Konzentrationslager Wöbbelin

Das Konzentrationslager Wöbbelin, das nur wenige Kilometer von Ludwigslust entfernt liegt, bestand vom 12. Februar bis zum 2. Mai 1945, also gerade einmal zehn Wochen. Dennoch sollte auch hier zum Kriegsende hin noch einmal die volle Grausamkeit des NS-Regime deutlich werden.

Ende 1944 wurde mit den Planungen des Konzentrationslager Wöbbelin begonnen. Das ca. 30km südlich von Schwerin liegende Areal sollte allerdings nie fertig gestellt werden und kam deshalb über das bauliche Endstation nicht hinaus. Am 15. Februar 1945 wurde ein erster Transport von etwa 700 Häftlingen aus dem KZ Neuengamme im Lager „Reiherhorst“ – so der Name eines kleineren Konzentrationslagers, keine 500 Meter vom Hauptlager entfernt – untergebracht. Das Gebiet bei Wöbbelin war ursprünglich für britische und US-amerikanische Kriegsgefangene konzipiert, jedoch gab es keine Verwendung mehr für solch ein Lager.
Das Wachpersonal wurde durch die SS gestellt und setzte sich hauptsächlich aus den Mannschaften des ehemaligen KZ Stutthof zusammen. Der Lagerkommandant, Obersturmbannführer Paul Werner Hoppe, hatte auch schon in Stutthof als Kommandant „gearbeitet“. Die ersten Häftlinge sollten das Lager eigentlich fertig stellen, doch über das Rohstadium kamen die Baracken nicht hinaus. So gab es denn im Außenlager Wöbbelin auch keine Betten. Die Menschen mussten auf dem blanken Ziegelboden schlafen. Auch gab es keinerlei sanitären Anlagen, wie sie zumindest zum Schein selbst in anderen Konzentrationslagern üblich waren. Die Arbeitsbedingungen waren mehr als grausam. Nach offizieller Inbetriebnahme des Lagers diente es zunächst als Zwischenlager für Häftlinge, die aus anderen Konzentrationslagern kamen und die Todesmärsche überlebten. Selbst aus dem Konzentrationslager Auschwitz, indem im Laufe des Krieges insgesamt über 1,2 Millionen Menschen ermordet wurden, kamen hier Häftlinge an. Insgesamt waren in Wöbbelin Menschen aus 16 verschiedenen Nationen gefangen gehalten. Die SS stellte die Versorgung des Lagers für die Häftlinge schon nach kurzer Zeit komplett ein. Es starben mehr Menschen an Entkräftung und an Unterernährung, als an den Schlägen, Tritten und Folterungen durch die Wachmannschaften. Das Elend war so groß, dass es zu Kannibalismus unter den Gefangenen kam.
Nach nur wenigen Wochen wurde das Konzentrationslager von dem Kommandanten auch schon wieder aufgegeben. Ende April wurden Vorbereitungen für eine „Evakuierung“, also einen Todesmarsch in andere Lager, getroffen. Am ersten Mai, nur wenige Tage vor der gesamtdeutschen Kapitulation, wurden alle transportfähigen Häftlinge in einen Güterzug wie Vieh verladen. Die SS-Wachen durchsuchten das Lager und erschossen alle, die sich versteckt hielten.
Die in die Züge eingepferchten Menschen mussten dort fast 24 Stunden ausharren, bis sei schließlich wieder ins Lager zurückgetrieben wurden. Warum der Zug nicht losfuhr, ist bis heute nicht bekannt. Doch das Grauen war für die Häftlinge nicht vorbei. Die Wachmannschaften stellten eine Marschkolonne in Richtung Schwerin zusammen. Etwa 3.500 Menschen blieben im Lager entkräftet zurück. Sie waren so schwach, dass die KZ-Wachen ihnen ohnehin keine Überlebenschance gaben. Doch als US-Truppen immer näher an das Lager heranrückten, flohen die letzten verbliebenen SS-Schergen und ließen die Häftlinge zurück, jedoch nicht ohne einige Hilfskräfte, sogenannte Kapos, mit Waffen auszustatten, damit diese die Häftlinge weiter unter Kontrolle hielten. Während der Mittagszeit des 2. Mai 1945 wurde das Außenlager Wöbbelin endlich von Soldaten der 82. US-Luftlandedivision der US-Army befreit. Bis zu diesem

Zeitpunkt hatten im Konzentrationslager über 1000 Menschen ihr Leben verloren. Etwa 5.000 Menschen wurden in den wenigen Wochen des Bestehens dorthin verschleppt.
Der Divisionskommandant James M. Gavin ordnete nach dem Erreichen des Lagers an, dass die Bevölkerung der Umgebung die Massengräber der hunderten ermordeten Menschen ausheben und die Leichen einzeln bestatten sollen. An den Beerdigungen musste aus jeder Familie mindestens eine Person teilnehmen. Niemand sollte die Gräueln, dass die selbsternannten Herrenmenschen angerichtet hatten, später leugnen können. Sogar nach der Befreiung starben noch ca. 200 Menschen an den Folgen der barbarischen Bedingungen im Lager.

V.IV. Die Befreiung Stralsunds 1945

Wie in vielen anderen Städten des „Großdeutschen Reiches“ mussten auch die Bewohner_Innen Greifswalds am 30. Januar 1945 – dem Jahrestag der Machtübergabe an die Faschisten 1933 – zu einer Großkundgebung erscheinen. Wie schon so oft wurde noch einmal der „Endsieg“ propagiert und zum Kampf „bis zur letzten Patrone“ aufgerufen.

Zwar war die Rote Armee noch nicht bis an die Stadt herangerückt, aber die aussichtslose Kriegslage musste selbst den fanatischsten Nazis, bis auf vielleicht den verblendeten und zum Hass erzogenen Hitler-Jungen, klar gewesen sein. Nur einen Tag nach dem Appell wurden die Lebensmittelmarken von acht auf neun Wochen „ausgedehnt“. Das hieß nichts anderes, als dass es für die Bevölkerung weniger zu essen gab. Nach „Endsieg“ sah auch diese Maßnahme nicht aus.
Immer mehr Flüchtlinge, die aus dem Osten vor der Roten Armee flohen, kamen in die Stadt. Zu groß war die Angst, die faschistische Propaganda von Millionen Vergewaltigungen und Massenmorden an den Deutschen könne wahr sein und zu groß war die Angst, „die Russen“ würden sich ähnlich gebären, wie die Deutschen in den ehemals besetzten Gebieten Osteuropas.
Die letzten deutschen Soldaten in Greifswald bereiteten sich dennoch auf den herannahenden Rote Armee vor. Während öffentliche Gebäude wie die Post geschlossen wurden, wurden andere Häuser, wie etwa das Stadttheater, umfunktioniert. Panzerfallen, Schützengräben und andere Sperren sowie Feldstellungen an den äußeren Stadträndern sollten dafür sorgen, dass die Stadt auf direkten Befehl Hitlers ein viertel Jahr gehalten werden könne. Mehrere Truppen, wie die Einheiten der berüchtigten Schutz Staffel (SS), wurden im April abgezogen und in andere Regionen geschickt. Noch während der Stadtkommandant, General Hauschulz, sein Gefechtsstand im Stadttheater bezog, wurde der Räumungsbefehl für die Zivilbevölkerung gegeben. Doch wohin? Das Nazi-Reich war mittlerweile kleiner geworden, als die noch zu gründende DDR. So irrten Zehntausende Flüchtlinge durch das heutige Vorpommern und strömten unter anderem nach Barth oder Rügen.
Gleichzeitig besetzten die deutschen Verbände ihre Stellungen. Neben regulären Wehrmachtssoldaten sollten auch Hitler-Jungen eingesetzt werden, teilweise ausgerüstet mit sowjetischen Beutewaffen. Ein Kampf, der schon von Beginn an sinn- und aussichtslos war. Bei einem ersten kleineren Gefecht bei Andershof, südlich von Stralsund, wurden insgesamt zwölf Hitler-Jungen getötet. Unterdessen kam es zu kleineren Gefechten in der Frankenvorstadt und am Bahnhof. Nun war klar: die sowjetischen Truppen stehen unmittelbar vor Stralsund.

Tatsächlich waren große Truppenverbände bereits an der Stadt vorbeigezogen und weiter in Richtung Westen unterwegs. Bei den kurzen Kämpfen wurden drei sowjetische Panzer zerstört. In der darauf folgenden Nacht wurden sämtliche deutschen Truppen nach Rügen abgezogen. Pioniere, noch verbliebene SS-Einheiten und mehrere Stäbe setzten sich unter ständigem Beschuss der sowjetischen Artillerie weiter nach Westen ab. Gegen 5Uhr morgen wurde die erste weiße Fahne auf dem Speicher Poggendorf gehisst, worauf der Beschuss der Artillerie aufhört.
Dennoch war die Stadt nicht befreit. Am Stralsunder Hafen verschanzten sich immer noch deutsche Truppen mit leichten Geschützen. Sie wurden jedoch bald von sowjetischen Truppen eingeschlossen und mussten notgedrungen aufgeben. Am Nachmittag besetzte die 90. Schützendivision der Roten Armee unter Führung des Oberst Fomenko das gesamte Stadtgebiet Stralsunds. Der Krieg war damit für die Hansestadt zu Ende.
Der vom sowjetischen Kommandanten ernannte Bürgermeister Otto Kartüm war für die sofortige Beräumung der militärischen Sperranlagen beauftragt worden. Noch während diesen Aufräumarbeiten zogen einzelne sowjetische Truppenteile weiter nach Westen.

----------*Keine Anzeige*----------

VVN-BdA Online-Shop

Bücher, Broschüren, Aufkleber, Musik, DVDs, Klamotten, Fahnen, Transparente und viele Werbematerialien – auch für die aktuelle nonpd-Kampagne – sind im Shop erhältlich!

Der Shop für AntifaschistInnen

Aufkleber
Verschiedene Motive, 100 Stück/Pack
3,30 Euro

Neu: jetzt auch einzeln erhältlich!

Musik
Ausgewählte anspruchsvolle Musik, Hier: Rotdorn,
10,– EUR

Bücher und Broschüren
Aktuelles und Raritäten
Hier: zum aktuellen Thema Gebirgstruppen, Buch, 152 Seiten,
12,90 EUR

Klamotten
T-Shirts, Polos, Kapuzenshirts mit verschiedenen Logos,
ab 19,90 EUR
Hier: T-Shirt inkl. Motiv-Druck,
19,90 EUR

DVD´s
Verschiedene DVD´s, Hier: Neonazistinnen,
10,– EUR

Buttons
Größen 25 und 42 mm, verschiedene Motive, Stück von
1,90 bis 2,80 EUR

Mindestbestellwert: 10,– EUR.
Die genannten Preise behalten ihre Gültigkeit bis zu drei Monate nach dem Erscheinen dieser Zeitschrift.

VVN-BdA Online-Shop
Untere Seitenstraße 10, 90429 Nürnberg

http://shop.vvn-bda.de

V.V. Rostock als Zentrum der Rüstungsindustrie

Neben motorisierten Bodentruppen, die vor allem Panzer und Lastwagen benötigten, war für die deutsche „Blitzkrieg“-Taktik die Zerstörung gegnerischer Ziele aus der Luft unerlässlich. Darum war die Entwicklung neuer Flugzeuge für das Nazi-Reich kriegsentscheidend. In Rostock siedelten sich ab 1932 die Heinkel-Werke an, die unter dem NS-Regime schnell an Bedeutung gewinnen sollten.

Bald wuchs der Heinkel-Flugzeugbau zum größten Industriebetrieb Mecklenburgs heran. Bei Kriegsausbruch wurden die Flugzeugfabriken noch wichtiger, galt es jetzt doch den Nachschub für die verbrecherischen Eroberungskriege zu sichern. Neben den Heinkel-Werken siedelten sich auch die Arada-Werke und in Warnemünde die Neptunwerft an.
Die kriegswichtigen Fabriken machten Rostock und Warnemünde zu einem ebenfalls wichtigen Ziel britischer und US-amerikanischer Luftangriffe. Sollte in vielen Städten schlicht der „Durchhaltewille“ der deutschen Bevölkerung gebrochen werden, hatten die Bombardierungen in Rostock doch eine ganz klare militärische Bedeutung. Insbesondere, nachdem die zukünftigen Sektorengrenzen der Alliierten nach dem Ende des Krieges beschlossen waren, war klar, dass Städte im sogenannten „Mitteldeutschland“, also die heutigen Neuen Bundesländer, an die Sowjetunion fallen würden. Das erhöhte die Dringlichkeit der Zerstörung von Städten wie Rostock noch einmal. Die USA und Großbritannien wollten der Sowjetunion möglichst wenig intakte Infrastruktur gewähren. Der nächste Konflikt, der Kalte Krieg, war schon absehbar. Die teilweise mehrere Tage andauernden Luftangriffe unterbrachen die deutsche Kriegsproduktion allerdings meist nur kurzzeitig, sodass unter anderem die Heinkel Flugzeuge dennoch fertig gestellt wurden. Um genügend Arbeitskräfte für die Produktion zu Verfügung zu haben, wurden etwa 1.400 sowjetische Kriegsgefangene für die Heinkel-Werke angefordert. Diese mussten für die NS-Kriegsproduktion unter barbarischen Bedingungen arbeiten.
Trotz großspuriger Worte des Reichsstatthalter Hildebrandt, bis zum „Endsieg“ zu kämpfen, floh dieser beim Herannahen der Roten Armee mit dem Großteil seines Stabes. Die Naziführung schlich sich heimlich davon, während alte Männer des Volkssturms und kleine Kinder der Hitler-Jugend sowie einige Reste der Wehrmacht den „Abwehrkampf“ um Rostock führen sollten.
Am Morgen des 1. Mai 1945 rollten die sowjetischen Panzer des Kommandeurs Dimitrewski aus Richtung Tessin mit aufgesessener Infanterie auf Rostock zu. Die Mühlendammbrücke war zwar noch gesprengt worden, dennoch gelangten die Rotarmisten über den Verbindungsweg und die Petribrücke in die Innenstadt. Sie kamen noch am Vormittag in der Stadt an und besetzten sie. Durch kleinere Scharmützel kamen noch dutzende sowjetische Soldaten ums Leben, die heute am Puschkinplatz in Rostock beigesetzt sind. Noch am selben Tag fuhren Einheiten der sowjetischen Panzerdivision weiter Richtung Westen und befreiten ebenfalls nahezu kampflos Doberan und andere Ortschaften. Obwohl Rostock die für das NS-Reich wichtigste Stadt in Mecklenburg war, war die Eroberung durch die Rote Armee nicht mehr als eine militärische Randnotiz. Nur eine Woche später sollte der Krieg endgültig vorbei sein.

V.VI. Der Mythos Demmin

Als die Rote Armee am 30. April 1945 vor der Stadt Demmin stand, waren die Nazi-Kader und die Wehrmachtseinheiten schon lange geflohen, dennoch wurden vorher die Brücken nach Demmin gesprengt, um den unaufhaltsamen Vormarsch der Roten Armee wenigstens zu verlangsamen. Der Befehl lautete schließlich auch hier, die Stadt bis auf den letzten Mann zu verteidigen.

Bereits vor der Machtübergabe an die Nazis 1933 war Demmin eine Hochburg der NSDAP. Und so war es auch 1945 noch. Obwohl eine weiße Fahne am Kirchturm die Kapitulation der Stadt anzeigte und obwohl den Stadtoberen von der Roten Armee im Vorfeld zugesichert wurde, die Stadt nicht zu plündern, wurden die sowjetischen Parlamentäre, die über die Übergabe Demmins verhandeln wollten, erschossen. In der Treptower Straße schoss der Lehrer Moldenhauer auf eine Gruppe Rotgardisten – aus dem Luisentor feuerte eine Gruppe um den Drogeristen Christian Österlin ebenfalls auf sowjetische Soldaten. An diesem ersten Tag wurden insgesamt 17 Rotarmisten erschossen.
Zum Ende des Zweiten Weltkrieges häuften sich – wie auch in anderen ostdeutschen Städten – in Demmin die Selbstmorde in der deutschen Bevölkerung. Besonders betroffen waren Menschen und deren Familien, die im Nazi-Reich höhere Positionen inne hatten. So brachten sich zum Beispiel der Haupttruppführer im Reichsarbeitsdienst, der Geschäftsführer einer Krankenkasse, ein Polizeihauptwachtmeister und ein Oberleutnant um.
Neonazis, die heute regelmäßig die Selbstmorde für ihre neofaschistische Propaganda instrumentalisieren behaupten, 1000, ja fast 2000 Menschen hätten sich in Demmin umgebracht. Tatsächlich waren es etwa 500 bis 600 Demminer*innen, die den Freitod wählten. Genau ist die Zahl bis heute nicht geklärt. Die Angst, die sowjetischen Soldaten würden den Deutschen auch nur ansatzweise das antuhen, was diese jahrelang anderen Menschen angetan hatten, überwältigte die sonst allzu von sich überzeugten Herrenmenschen offenbar geradezu. Angebliche Massenvergewaltigungen und Massenhinrichtungen von deutschen Soldaten taten ihr Übriges, um die deutsche Bevölkerung in hysterische Verzweiflung zu versetzen. Die Anzahl der Vergewaltigungen wurden von der NS-Führung regelmäßig hochgeschraubt – oft einfach verzehnfacht – und in den Folgejahren von der bürgerlichen Geschichtsschreibung, ohne zu hinterfragen, übernommen. Bürgerliche Medien wollen die Suizide gerne in das Licht der Verzweiflung rücken. Als eine „kollektive Flucht vor der sowjetischen Besatzung“, also als einen Ausweg aus diesem zwar von den Deutschen mit all seinem Leid verursachten, aber dann doch nicht länger ertragbaren Krieg, wird der Selbstmord Vieler verharmlost. So perfide diese Mache scheint, so gewollt ist sie scheinbar. Auch weit ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges will mensch in der Öffentlichkeit offenbar weder die genauen Ursachen für das Ermöglichen der KZs und der verbrecherischen Angriffskriege gegen unzählige Nachbarstaaten und deren Bewohner*innen, noch die Auswirkungen der NS-Tyrannei erforschen. Als „i“-Tüpfelchen wird das angeblich barbarische Verhalten der sowjetischen Truppen genannt, frei nach dem Motto: „Da konnten sich die Deutschen ja nur umbringen.“ Eine Geschichtsvergessenheit, die mittel und langfristig nur den „neuen“ Nazis in die Hände spielt.
Eigentlich wollten sich die sowjetischen Verbände gar nicht lange in Demmin aufhalten, sondern nach Rostock weiterziehen. Aber die zerstörten Brücken zwangen sie zum ausharren. Dennoch zogen Truppen der Roten Armee bereits am ersten Mai mit Hilfe einer provisorischen Brücke über Peene in die Stadt ein. Das Luisentor, an dem tags zuvor noch auf Rotarmisten

geschossen wurde brannte, ebenso einige andere Gebäude. Die Beherrschtheit der sowjetischen Truppen schwand nach den sinnlosen Morden am Vortag. Die Apothekerin der Stadt lud dennoch die Führungsoffiziere des sowjetischen Truppenteils zu einer Siegesfeier ein und vergiftete dabei alle Rotarmisten, die an diesem Treffen teilnahmen und sich selbst. Als Reaktion auf diese und weitere Vorfälle entschlossen sich die neuen Kommandeure für ein rigoroses Vorgehen gegen die Stadt. Häuser wurden in Brand gesetzt, mit den verbliebenen Nazi-Schergen und ihren Sympathisant*innen wurde nicht mehr zimperlich umgegangen. Noch nach einigen Tagen brannten Teile der Stadt.
Nur wenige Tage nach dem Eintreffen der ersten sowjetischen Truppen vor Demmin, war der Krieg für die Nazis und ihre Mitläufer*innen auch schon verloren. Am achten Mai unterzeichneten die deutschen Generale Wilhelm Keitel, Hans-Georg von Friedeburg und Hans-Jürgen Stumpff die Kapitulationsurkunde aller Wehrmachtsteile. Das Erschießen von 17 Rotarmisten, sowie der feige Mord an den Offizieren, war also mehr als sinnlos. Der Stadt wäre sicher auch die Brandschatzung erspart geblieben, hätten die Demminer*innen die Rote Armee einfach passieren lassen. So wurde der „Endkampf“ um Demmin zu einem Symbol für die Idiotie des „Durchhaltens“ der deutschen Bevölkerung und des ganzen Zweiten Weltkrieges überhaupt.

Impressum
Herausgegeben vom *Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern (INO)*

V.i.S.d.P.: *J. Krude*

Kontakt: *infonordost[ätt]systemausfall.org*

Internet: *http://infonordost.de/*

Bildbeschreibungen:
Seite 2: *Der sowjetische Soldat Militon Kantarija hisst die Flagge der Sowjetunion auf dem Reichstag Quelle: webstory.zdf.de.*
Seite 5: *Das KZ Płaszow, zunächst ein Arbeitslager, in der Nähe von Krakau, Polen. Quelle: wikipedia.org.*
Seite 8: *Der Gedenkort in Rostock an der ehemaligen Heinkelhalle für die sowjetischen.*
Seite 10: *Kirchenratswahlen am 23. Juli 1933: Wahlpropaganda mit SA-Unterstützung vor der St.-Marien-Kirche am Neuen Markt in Berlin. Quelle: wikipedia.org.*
Seite 15: *Ausstellung des RNST in München: Kindergruppe auf der Theresienwiese im Mai 1937. Quelle: wikipedia.org.*
Seite 20: *Angehörige der Waffen-SS, darunter Soldaten der SS-Sondereinheit Dirlewanger in Warschau; Aufnahme eines SS-Kriegsberichterstatters. Quelle: wikipedia.org.*
Seite 23: *Die KZ-Gedenkstätte in Barth in Mecklenburg-Vorpommern.*

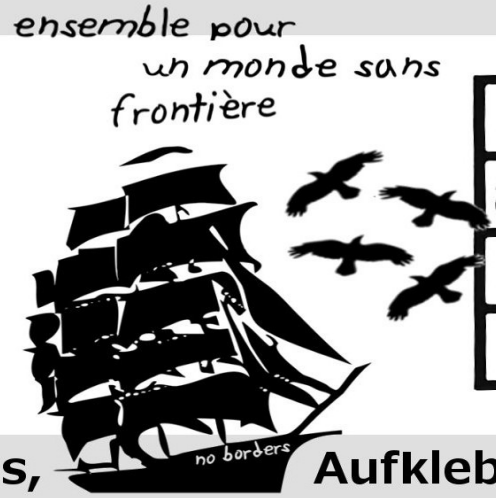
----------Keine Anzeige----------

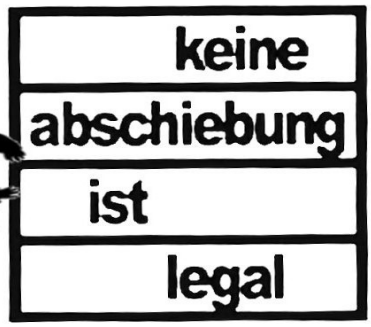
Roter Shop

www.roter-shop.de

T-Shirts, Kapuzis, Girlies, und vieles mehr ...

Druck- und Textilfarben sind frei wählbar!





außerdem: Buttons, Aufkleber, Tragetaschen, Aufnäher, Fahnen, Poster, ...

INFOS UNTER: INFONORDOST.DE
FACEBOOK: PORTALNORDOST
TWITTER: INFONORDOST